

Grenzer als Puffertruppe

Der Bundesgrenzschutz (BGS) bekommt von der neuen Regierung alte Kampfaufgaben zurück. Stabsdienststellen des BGS nahmen zusammen mit Bundeswehr-Strategen nicht nur an der geheimen Nato-Übung Wintex/Cimex 83 im Regierungsbunker in der Eifel teil, die grünen Grenzer wurden bei dem Kriegsspiel auch als Kampfgruppe verplant. Der BGS soll künftig im Konfliktfall als Puffertruppe eingesetzt werden, die beispielsweise gegen Betriebskampfgruppen der DDR hinhaltenden Widerstand leistet. Mit diesem Kurswechsel in der Sicherheitspolitik wird eine Reform der sozialliberalen Koalition zurückgedreht: Das Personalstrukturgesetz von 1976 hatte den BGS an die Polizeien der Länder angeglichen. Der BGS sollte bisher vor allem im Span-

nungs- und Verteidigungsfall die Polizeikräfte verstärken – etwa bei Verkehrsregelung und Objektschutz.

Lambsdorff nach Moskau

Noch vor Kanzler Helmut Kohl, der Anfang Juli zum ersten Mal zum Staatsbesuch in die Sowjet-Union reist, fährt Otto Graf Lambsdorff am 24. Juni nach Moskau. Bonns Diplomaten spielen die Visite des Wirtschaftsministers zwar als „rein privaten Besuch“ herunter – Lambsdorff wird das Wochenende bei seinem Bruder Hagen Graf Lambsdorff verbringen, Kulturattaché in der Bonner Moskau-Botschaft. Der Minister will aber anschließend Wirtschaftsgespräche führen. Aktuell ist unter anderem ein Projekt zur Kohle-Verflüssigung in Ost-Sibirien, an dem der Kreml deutsche Firmen beteiligen soll.

Von Genscher enttarnt

Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Forderung abgelehnt, die Bundesregierung möge stillschweigend dulden, daß Kampfflugzeuge der ägyptischen Luftwaffe unter falscher Flagge vom bayrischen Rüstungskonzern MBB gewartet werden. Die Maschinen vom Typ „Phantom“ sollten amerikanische Hoheitszeichen erhalten und von US-Piloten nach Deutschland geflogen werden. Genscher aber wollte auch dann nicht mitmachen, als er im vergangenen Jahr von CSU-Chef Franz Josef Strauß bedrängt wurde, Kairo's Wünsche zu erfüllen. Genscher: „Wir können doch nicht so tun, als wüßten wir von nichts.“ Die Jets dürfen nun, nach Genehmigung Bonns, bei MBB gewartet werden – unter ägyptischem Kennzeichen.

„Die Spender abgekocht“

Bundeskanzler Helmut Kohl überlegt, Otto Graf Lambsdorff auch dann noch als Wirtschaftsminister zu halten, wenn die Staatsanwaltschaft Bonn gegen den FDP-Politiker wegen des Verdachtes der Vorteilsannahme in der Flick-Affäre Anklage erhebt.

Dann sei erst einmal abzuwarten, so ein Kanzler-Vertrauter, ob der Richter das von der Staatsanwaltschaft vorgelegte Material für so wichtig halte, daß er das Gerichtsverfahren eröffnet. Diese Prüfung werde mindestens drei Monate dauern.

Und selbst wenn es zum Gerichtsverfahren komme, solle Lambsdorffs Rücktritt nicht zwingend sein. Es ließe sich dann argumentieren, man müsse so lange von der Unschuld des Grafen ausgehen, wie er nicht verurteilt sei. Kohl befürchtet, daß bei einem Ausfall Lambsdorffs die Konstruktion seiner Koalitions-Regierung ins Rutschen gerät. CSU-Chef Franz Josef Strauß könnte dann doch noch sein Ziel erreichen und einen wichtigen Posten im Bonner Kabinett bekommen – etwa als Lambsdorff-Nachfolger.

Lambsdorff selbst schließt inzwischen offenbar nicht mehr aus, daß er angeklagt wird. In einem Interview mit der „Quick“ wiederholte er vorige Woche zwar, er glaube, die Einlassungen seines Verteidigers würden dazu führen, „daß letztlich keine Anklage erhoben wird“.

An anderer Stelle des Interviews aber sprach der Liberale dann doch die

Möglichkeit eines Gerichtsverfahrens an. Verklausuliert gab er zu verstehen, daß erst vor Gericht der Beweis der Unschuld zu erbringen sei. Lambsdorff: „Der hinreichende Verdacht einer strafbaren Handlung genügt, um Anklage zu erheben. In der Hauptverhandlung muß dann aber der Beweis vorliegen, nicht der hinreichende Verdacht. Wer also eine Anklage vermeiden will, muß einen hinreichenden Verdacht ausräumen. Im vorliegenden Fall müßten also alle

Verdächtigen etwas beweisen, was nicht geschehen ist, müßten beweisen, daß ihnen keine persönlichen Vorteile gewährt worden sind. Jeder Jurist im ersten Semester weiß, daß dies fast unmöglich ist. Deshalb verlangt diesen negativen Beweis auch kein Gericht.“

Inzwischen mehren sich Zweifel, ob das Konzept der Anwälte Lambsdorffs, des früheren FDP-Bundeswirtschaftsministers Hans Friderichs und des inzwischen gefeuerten Flick-Managers Eberhard von Brauchitsch hinreichend überlegt war. Sie stellten einen FDP-Politiker, der nicht mehr aussagen kann, als Empfänger von angeblich Friderichs und Lambsdorffs zugeordneten Flick-Zahlungen hin: den damaligen FDP-Bundesschatzmeister Heinz Herbert Karry, der später ermordet wurde.

So berichtet der frühere FDP-Generalsekretär Günter Verheugen, heute SPD-Bundestagsabgeordneter, Karry habe im FDP-Präsidium und auch bei persönlichen Gesprächen immer wieder sein Leid geklagt, aus Nordrhein-Westfalen seien so schwer Spenden zu erhalten. Wiederholt habe Karry berichtet, Lambsdorff sei ihm bei Spendern zugekommen und habe für den nordrhein-westfälischen FDP-Landesverband „abgekocht“. Die Bundespartei habe dabei, so Karry laut Verheugen, nie etwas abbekommen.

Den Namen Flick habe Karry, berichtet Verheugen, ihm gegenüber nur einmal erwähnt: Von Flick, so Karry damals über die schlechte Finanzlage der Freidemokraten, komme auch nichts in die Kasse der Bundes-FDP.



Karry, Verheugen (1980)